

Ach, Osteuropa! Oder: Totgesagte leben länger.

Essay über Definition und Wandel eines Raumes

Von Manfred Sapper, Aachen

Der Osten ist auch nicht mehr das, was er mal war. Für die Christen („ex oriente lux“) kommt das Heil seit 2002 Jahren aus dem Osten. Für den jungen Ernst Bloch und die Kommunisten ging es nicht mehr von Jerusalem aus, sondern von Moskau („ubi Lenin, ibi Jerusalem“). Erst als die weise Vorhut des Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden befand, dass Latein nicht proletarisch genug sei, hieß es: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“. Aber die Idee blieb dieselbe. Konkurrenzfähig mit der Heilserwartung aus dem Osten war immer nur die Unheilserwartung als die Kehrseite der Medaille. Der Topos von der Bedrohung aus dem Osten ist so alt wie die Mongolen und kriecht mit den Türken vor Wien, der russischen Knete nach dem Wiener Kongress und der militarisierten Sowjetunion in die Tiefen des kollektiven Unterbewusstseins der Westeuropäer.

Das waren schöne Zeiten, als der Ost-West-Konflikt noch die Welt strukturierte, Gut und Böse noch an ihrem Platz waren und auch die Farbenlehre noch stimmte. Schwarz war schwarz und weiß war weiß. Nun ist nichts mehr so, wie es einst war. Selbst das als Monolith erscheinene Osteuropa mit der UdSSR im Zentrum ist gegen alle Logik der Totalitarismustheorie auseinander geflogen. Teile des Raums sind auf dem Weg in die EU. Diese Staaten „verwestlichen“, während die *outs* im „Osten“ auf den kognitiven Landkarten vieler Europäer nach „Osten“ wandern. Im Kaukasus und Zentralasien drohen *failed states* zu entstehen. Kurzum: Der Raum ist in Bewegung geraten und hat das, was Osteuropaforschung einmal war, gehörig durcheinander gewirbelt und bei dem einen oder anderen ihrer Repräsentanten Identitätsstörungen verursacht.

Fast so, als wären auch diejenigen, deren Beruf der Gebrauch des Kopfes zum Zwecke des Denkens und Differenzierens ist, nicht gefeit gegen die Versuchungen der dichotomischen Vereinfachung, reproduzierten sie prompt auf wissenschaftlicher Ebene dieselben schwarz-weißen Urteile und Verhaltensmuster. Die einen machten weiter, so als wäre 1991 ff. nichts geschehen. Die anderen riefen das „Ende der Osteuropäischen Geschichte“ oder gleich der ganzen „Osteuropaforschung“ aus.¹ Beides war in dieser Eindeutigkeit völlig daneben. Den Abgesang auf die Osteuropaforschung hat dasselbe Schicksal ereilt, das bereits jenem *endism* des US-Hegelianers Fukuyama mit seiner Fama vom „Ende der Geschichte“ beschieden war.² Es hat sich alles als voreilig erwiesen. Wenn die Neubesetzung von Lehrstühlen ein Indikator ist, dann spricht der Schwung, mit dem sich junge Osteuropahistorikerinnen und -historiker momentan im Bewerbungskarussell drehen, nicht gerade für den Untergang der „Osteuropäischen Geschichte“ als Disziplin. Natürlich herrscht an anderen Fakultäten ein schlechteres Bild. Dagegen ist in Publizistik, Wirtschaft, Politik und in internationalen Organisationen ein Generationswechsel in Gang gekommen. An verantwortlichen Stellen der GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) oder in Missionen der OSZE wirken hervorragende junge Leute mit einem Osteuropa-profil, das nichts mehr mit jenem behäbigen Mainstream der Osteuropaforschung aus den 70er und 80er Jahren gemeinsam hat. Das ist ein Erfolg. Allerdings kann keine Rede davon sein, dass die Osteuropaforschung all die erforderlichen Reformen vollendet hätte, die Mitte der 90er Jahre angemahnt wurden oder dass sie eine Bestands-garantie erreicht hätte. Die Debatte über die Zukunft der Osteuropaforschung ist nicht abgeschlossen. Sie kann es auch nicht sein, solange der Umbruch im Osten und die Neuordnung des europäischen Kontinents nicht abgeschlossen sind.

Doch gerade daraus sollte eine selbstbewusste Osteuropaforschung Kapital schlagen. Die Veränderungen im Osten Europas bedeuten nicht, Osteuropa als regionalwissenschaftlichen Bezug aufzugeben. Erforderlich ist lediglich, den Begriff neu zu fassen und das Forschungsfeld neu zu bestellen. Dieser Schritt müsste gerade für Europäer eine vertraute Übung sein. Denn die ständige Neufassung ist ein Charakteristikum des ideengeschichtlich und räumlich dem Osteuropabegriff übergeordneten Europabegriffs. Wer Osteuropa als integralen Bestandteil Europas begreift, muss dies anerkennen. Die analytischen wie empirischen Unschärfen der geographischen, historischen, religiösen oder politischen Begriffe „Europa“ und „Osteuropa“ sind hinlänglich bekannt.³ „Europa“ ist keine aus der Geographie oder der Religion ablesbare Tatsache, sondern je nach Zeit und Kontext werden seine Grenzen und seine Identität immer wieder zur Disposition gestellt und neu definiert. Dasselbe gilt für „Osteuropa“. Wo die Grenzen verlaufen, die für die Bestimmung von Inklusion und Identität sowie Exklusion und Alterität von so großer Bedeutung sind, ist den Zeitläuften ausgesetzt.

Während des Ost-West-Konflikts war „Osteuropa“ überall dort, wo die kommunistische Parteierrschaft existierte. Das hatte etwa zur Folge, dass Dresden und Prag „östlich“ der Türkei verortet wurden, die qua NATO zum Westen gehörte. Dieser Osteuropabegriff mutet heute noch problematischer an, als er ohnehin immer war. Gleichwohl ist – mit Ausnahme eines funktionalen Europabegriffs – keine überzeugende Alternative in Sicht. Die Konzepte der „Transformation“ oder des „Transformationsraumes“ sind dies jedenfalls weder analytisch noch wissenschaftspolitisch. „Transformation“ ist per definitionem ein Übergangsphänomen und damit keine tragfähige Grundlage für *Area Studies*. Je weiter die Transformation in einzelnen Staaten erfolgreich verläuft, desto stärker gleichen sich einzelne Sphären aus Politik und Wirtschaft jenen Westeuropas an und werden für Fragestellungen der westlichen Komparatistik leichter anschlussfähig. Trotz anhaltenden Wandels wird der Begriff obsolet. Für die anderen „Noch-Immer-Transformationsstaaten“ wird der ohnehin teleologische Begriff zunehmend normativ und diskriminierend.

Der breite Osteuropabegriff umfasst alle während des Ost-West-Konflikts unter „Osten“ subsumierten Räume: Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Belarus, Ukraine, Russland als „Kernosteuropa“, den Kaukasus und Zentralasien. Die Zurechnung der beiden letzteren zu Osteuropa stößt oft auf Widerspruch. Allerdings gilt dies auch für ihre Zurechnung zu Europa. Es handelt sich hier um die Inkonsistenzen der diversen Europabegriffe. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass Europa eben nicht gleich Europa ist. Europa ist größer als die EU. Das EU-Europa hat andere Grenzen und Mitgliedsstaaten als das Europarat-Europa oder das OSZE-Europa. Dieses reicht von Vladivostok bis Vancouver und umfasst selbstverständlich alle Nachfolgestaaten der UdSSR. Die Konsequenz aus diesen unauflösbaren Inkonsistenzen muss sein, mit dem Osteuropa- und dem Europabegriff pragmatisch umzugehen. Wer oder was zu Osteuropa und Europa gehört, lässt sich nur nach dem jeweiligen Problemfeld bestimmen. Geht es etwa um die Tätigkeit des „Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten“ der OSZE, um Normsetzung durch den Europarat oder die europäische Energieversorgung, gehört auch Zentralasien zu Europa. Geht es um die Flexibilisierung des Schengen-Regimes an den künftigen EU-Außergrenzen, gehört nicht einmal das christliche Armenien dazu. Mal reicht Osteuropa bis an den Pazifik, mal endet es am westlichen Bug. Das ist kein Drama, sondern die Logik eines funktionalen Europabegriffs.

Ein funktionaler Europabegriff hat noch eine andere Konsequenz. Wo es geboten ist, muss die Osteuropaforschung ihr Blickfeld nach Westen erweitern. Diese „Westerweiterung“ ergibt sich ebenfalls aus der weltpolitischen Zäsur von 1991. Der Umbruch im Osten hat Europa nachhaltig verändert und wird es noch tun. Allerdings ist es ein weitverbreiteter Irrglaube, anzunehmen, dass der Wandel eine Einbahnstraße wäre. Die Neuordnung des Kontinents erfolgt nach den Regeln der *Osmose*, auch wenn der Druck auf beiden Seiten noch nicht gleich, *alsoisotonisch*

ist: Geht man von den beiden Hälften des Ost-West-Konflikts aus, sind wir Zeugen einer Verwestlichung des Ostens und einer Veröstlichung des Westens. Das sind die Implikationen der EU-Erweiterung mit ihren Folgen für den Reformbedarf von Institutionen und Entscheidungsprozessen sowie der intensiver werdenden Kooperation zwischen Russland und der EU, etwa in der Energiewirtschaft oder Handelspolitik.

Die Westerweiterung hat zwei Dimensionen: Die politische bezieht sich darauf, dass schon bald Fragen vergemeinschafteter Politikfelder der künftigen EU-Staaten aus Ostmitteleuropa in Brüssel entschieden werden. Wer sich Landwirtschafts- oder Strukturfragen in Litauen oder Polen widmet, muss sich mit der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ und dem „Kohäsionsfonds“ vertraut machen. Aber auch die Staaten Osteuropas, die *ante portas* der EU bleiben, werden maßgeblich von Brüsseler Entscheidungen tangiert. Zwei Beispiele: Sicher wird die Zukunft Kaliningrads als russländische Exklave und EU-Enklave von Interessen und Akteuren im Gebiet, in Russland, Polen und Litauen beeinflusst. Doch sie lässt sich ohne die EU nicht mehr politisch steuern, geschweige denn analysieren. Es ist Brüssel, das neben Moskau die Schlüssel in der Hand hält, um in der Visa-, Infrastruktur- und Handelspolitik Türen zu öffnen – oder zu schließen. Die Interaktion zwischen Kiev, Minsk und Brüssel wird wachsen, wenn die grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen der sechs Euroregionen, an denen Belarus' und die Ukraine beteiligt sind, an Momentum gewinnt und ins Landesinnere ausstrahlt. Kommt es nicht zu dieser positiven Entwicklung, hat das ebenfalls Folgen für die Gestaltung der EU-Außenbeziehungen. Und wieder wird Brüssel der zentrale Akteur sein.

Die zweite Dimension ist wissenschaftlicher Natur. Mit diesen über die EU hinausgehenden Kooperations- und Integrationsprozessen wird Osteuropa zunehmend zu einem Gegenstand der vergleichenden Europaforschung. Das erfordert von ihr und der Osteuropaforschung die wechselseitige Anschlussfähigkeit von Fragestellungen, Methoden und empirischen Kenntnissen. Die in der Vergangenheit oft geführte Kontroverse über den Königsweg zur wissenschaftlichen Analyse Osteuropas zwischen Komparatistik (*Comparative Studies*) und Regionalwissenschaft (*Area Studies*) mutet vor dem Hintergrund des Wandels in Europa heute nur noch anachronistisch an. Diese Kontroverse ist eine im schlechten Sinne des Wortes akademische Aktualisierung des Henne-Ei-Problems. Einen Weg zu neuem Erkenntnisgewinn weist sie nicht. Es geht nicht mehr um ein „Entweder-oder“, sondern um das „Sowohl-als auch“: Komparatistik ohne Regionalexpertise und Sprachkenntnisse bleibt oberflächlich und schematisch. Regionalwissenschaft ohne theoriegeleitetes Erkenntnisinteresse, präzise Begriffe und Methoden bleibt rein deskriptiv. Beide solcherart defekten Ansätze bleiben in ihrer Erklärungskraft beschränkt und wissenschaftlich unbefriedigend. Nachholbedarf und Flexibilität besteht auf beiden Seiten, um diese Synthese zu erreichen.

Wer einmal das Vergnügen hatte, Osteuropaforschung im Rahmen von Europaforschung zu betreiben, ist um eine eigentümliche Erfahrung reicher. Die Bringschuld bei der gegenseitigen Annäherung und der wechselseitigen Offenheit für Erkenntnisinteressen, Theorien und Empirie liegt keineswegs *a priori* bei der Osteuropaforschung. Viele Vertreterinnen und Vertreter der traditionellen Europaforschung haben die Entdeckung noch vor sich, dass Osteuropa ein Teil Europas ist und dass die Metaphern vom gemeinsamen „europäischen Erbe“ oder von der „Einheit in der Vielfalt“ über das karolingische Reichsgebiet oder „Kerneuropa“ hinausweisen. In der Autozentriertheit auf das dynamische Westeuropa reproduziert sich eine politische und ökonomische Machtfigur aus der Zeit der Teilung des Kontinents. Diese hat allerdings sehr viel ältere Wurzeln.⁴ Die Autozentriertheit ist auch dafür verantwortlich, dass große Teile von Politik und Öffentlichkeit nahezu ahnungslos sind, was Ostmitteleuropa und Osteuropa nach ihrer „Rückkehr nach Europa“ zum „gemeinsamen Erbe“ oder zu „Europas exzentrischer Identität“ (Rémi Brague) beizusteuern haben. Antworten kann nur die Osteuropaforschung geben.

Wiederum zwei Beispiele: Der friedliche Umsturz in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei durch die Bürgerbewegungen hat die Geschichte der europäischen Revolutionen um eine bemerkenswerte, weil gewaltfreie, Variante bereichert. Vor allem ist er bedeutsam für die demokratische Traditions- und Identitätsbildung Europas. Im kollektiven Gedächtnis der Europäer hat dies bislang kaum einen Niederschlag gefunden. Ähnlich ist es um die Ideengeschichte bestellt. Auch hier ist Ostmittel- und Osteuropa *terra incognita*. Dabei ist das Denken aus Osteuropa über Europa integraler Bestandteil des europäischen Erbes. Niemand anderer als die Osteuropaforschung mit ihrer Expertise kann die „Osterweiterung des europäischen Denkens“ voranbringen. Leistet sie auch das, gibt es keinen Grund, der Osteuropaforschung wissenschaftliche Exzellenz und Existenzberechtigung abzuspochen.

Manfred Sapper ist Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, Aachen.

¹ Jörg Baberowski: Das Ende der osteuropäischen Geschichte, in: Stefan Creuzberger u.a. (Hg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Köln 2000.

² Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, München 1992.

³ Herfried Münkler: Europa als politische Idee, in: ders.: Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung. Weinheim 1996, S. 97–150; Egbert Jahn: Wo befindet sich Osteuropa? In: Osteuropa, 5/1990, 418–440.

⁴ Jenő Szűcs: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt 1990.